



Die G20 und globale Gesundheit

Die Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung erreichen

In den letzten Jahren hat die Bedeutung humanitärer und entwicklungspolitischer Krisen und Themen innerhalb der G20 stetig zugenommen. Die Umsetzung der Agenda 2030 und der in ihr enthaltenen nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) ist ein erklärtes Ziel der Gruppe. Für die erfolgreiche Prävention von Krisen und die Erreichung der SDGs ist eine starke Rolle der G20 unerlässlich und kann entscheidend zu effektiver und kohärenter Entwicklung und Zusammenarbeit beitragen. Allerdings fußen die entwicklungspolitischen Prozesse der G20 auf dem noch während der Ära der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) verabschiedeten *St. Petersburg Development Outlook*. Die deutsche Bundesregierung hat im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft im kommenden Jahr die Möglichkeit, die entwicklungspolitische Arbeit der G20 zu reformieren und an die neuen Herausforderungen der Agenda 2030 anzupassen.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass das Thema globale Gesundheit in den Development Track aufgenommen wird, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Gesundheit nicht nur Resultat, sondern auch Bedingung von menschlicher Entwicklung ist. Zudem ist Gesundheit mehr als Krisenmanagement: Jeder Mensch hat ein Recht auf Gesundheit.

Wir plädieren dafür, dass Fragen des allgemeinen Zugangs zu Gesundheit (Universal Health Coverage), der Stärkung von Gesundheitssystemen, der globalen Reaktionsfähigkeit auf Pandemien, der antimikrobiellen Resistenzen (AMR), der Forschung und Entwicklung (F&E), der Bekämpfung vernachlässigter und armutsassoziierter Krankheiten, des ‚unfinished business‘ der MDGs, wie auch die Thematik nicht übertragbarer Erkrankungen auf die Agenda des G20 im Development Track aufgenommen werden. Darüber hinaus sollten die G20 globale Gesundheit kohärent und finanziell durch koordinierte Maßnahmen unter dem Dach der Weltgesundheitsorganisation (WHO) stärken.

Im Folgenden begründen wir, warum die Bundesregierung diese Themen auf die G20 Agenda setzen sollte.

Niemanden zurücklassen - leave no one behind

Ein Schlüsselgedanke der Agenda 2030 ist, dass ihre Ziele nur dann erreicht sind, wenn sie auch für diejenigen umgesetzt werden, die die größte Gefahr laufen, übersehen, vergessen oder ausgeschlossen zu werden: "Wir verpflichten uns, auf dieser großen gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen" (Agenda 2030). Alle G20-Staaten haben vor nicht einmal einem Jahr zugesagt, sich zu

„bemühen, diejenigen zuerst zu erreichen, die am weitesten zurückliegen“ (§4 der Agenda 2030). Bezogen auf die Millenniumsentwicklungsziele waren die größten Verlierer bisher Frauen und Kinder, da MDG 4 und 5 weit verfehlt wurden. Aber auch Menschen mit Behinderungen, ohne offizielle Dokumente, in geographisch schwer erreichbaren Gebieten, ethnische Minderheiten, und Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität diskriminiert werden, sind Teil unserer Gesellschaften, die zu oft aktiv oder passiv ausgeschlossen und diskriminiert werden. Um die Ziele der Agenda 2030 im Bereich globaler Gesundheit zu erreichen - darf niemand zurückgelassen werden.

Die deutsche G20-Präsidentschaft sollte sich darum dafür einsetzen, dass

- Gleichberechtigung, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte aller Menschen im Rahmen einer allgemeinen Genderpolitik und bei der globalen Gesundheitspolitik gestärkt werden;
- die G20-Regierungen eine kinderrechtsbasierte und gender-transformative Umsetzung der Agenda 2030 priorisieren und sich diese in ihren nationalen Strategien und Plänen - auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit - vor allem in Bezug auf SDG 5 (Geschlechtergerechtigkeit) widerspiegelt;
- Mütter- und Kindergesundheit als ‚unfinished business‘ der MDGs im Rahmen der Realisierung des allgemeinen Gesundheitszugangs prioritär gestärkt werden;
- besonders vulnerable Gruppen und deren Bedürfnisse explizit benannt werden, Vertreterinnen und Vertreter der betreffenden Gruppen gleichberechtigt in Programmplanung einbezogen und rechtliche und gesellschaftliche Hürden, die deren gleichberechtigte Teilhabe einschränken, abgebaut werden. Ziel sollte sein, den allgemeinen Gesundheitszugang für diese Gruppen innerhalb von fünf Jahren zu ermöglichen.

Gesundheitssysteme stärken – Epidemien vorbeugen

Gesundheit ist seit der Alma-Ata-Erklärung definiert als „Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen“. Sie ist sowohl Voraussetzung als auch Ziel nachhaltiger Entwicklung. Es sollte darum ein multisektoraler Ansatz angestrebt werden, der Gesundheit mit Themen wie Armut und Flucht sowie mit Geschlechtergerechtigkeit, Bildungsförderung, Ernährungssicherung, Umweltschutz und WASH (Water, Sanitation & Hygiene) verknüpft. Als Ebola in den westafrikanischen Gemeinden ausbrach, waren viel zu wenige Gesundheitshelfer vor Ort. Es mangelte ihnen an der entsprechenden medizinischen Ausrüstung und das Gesundheitssystem konnte kein Krisenmanagement oder Überwachung leisten, oder Führungskompetenz und Ressourcen zur Verfügung stellen. Während es für die Bekämpfung internationaler Gesundheitskrisen wie der Ebola-Epidemie eines verbesserten Gesundheitskrisenmanagements bedarf, repräsentiert der allgemeine Zugang zu qualitativ hochwertiger und bezahlbarer Gesundheitsversorgung - inklusive der Leistungen für mentale Gesundheit - die notwendige Voraussetzung für die Früherkennung und Prävention von Gesundheitskrisen. Insbesondere ist er aber Voraussetzung für die Vorbeugung und Bekämpfung alltäglicher und vielfach vergessener Gesundheitsprobleme: Die Anzahl an Menschen, die jährlich an vermeidbaren Krankheiten sterben, liegt weitaus höher als die Zahl derer, die Ebola zum Opfer gefallen sind.

Auch Menschen auf der Flucht sind aufgrund fehlenden Zugangs zu angemessener Gesundheitsversorgung besonderen Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Männer, die Sex mit Männern haben, Transgender, Drogengebrauchende, Sexarbeiter/innen und Gefangene haben in vielen Gesellschaftssystemen keinen gleichberechtigten Zugang zum Versorgungssystem. Starke, resiliente, barrierearme und für alle zugängliche Gesundheitssysteme, sowie die globale Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit adäquater medizinischer Leistungen und Produkte sind notwendig, um die in der Agenda 2030 vereinbarten Gesundheits-Ziele zu erreichen. Mit der Initiative „Healthy Systems - Healthy Lives“ und den Zusagen im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft von 2015 hat die Bundesregierung den Willen bewiesen, einen

Beitrag zur Gesundheitssystemstärkung zu leisten. Nun müssen konkrete Umsetzungs- und Finanzierungsvorschläge folgen.

Die deutsche Regierung sollte sich im Rahmen der G20-Präsidentschaft dafür einsetzen, dass

- globale Gesundheit im Geiste der Alma-Ata-Erklärung weitaus umfassender als nur Gesundheitskrisenmanagement definiert wird und auf das Verständnis der G-7 Staaten aufbaut (siehe Abschlusserklärung unter deutscher und japanischer G7-Präsidentschaft);
- sich die G20-Staaten zu Universal Health Coverage bekennen und sich für den allgemeinen Zugang zu Gesundheitsversorgung einsetzen, insbesondere aber für die oben genannten besonders gefährdeten Gruppen. Sicherzustellen sind gemeindenahere Gesundheitssysteme, die auch Früherkennung und Rehabilitation gewährleisten, sowie ausreichende finanzielle Mittel für soziale Kosten sowie Versorgungskosten, (z.B. technische Hilfsmittel, Unterstützungsleistungen, behinderungsspezifische Ausgaben, etc.) zur Verfügung stellen;
- die koordinierende Rolle der Weltgesundheitsorganisation durch die G-20 Staaten anerkannt und finanziell gestärkt wird und die Gesundheitsfinanzierung von Geberländern, wie von der WHO empfohlen, auf 0,1% des Bruttonationaleinkommens erhöht wird und alle G20-Länder sich zu langfristigen Investitionen in die Stärkung von Gesundheitssystemen verpflichten;
- kontinuierlich international vergleichbare und disaggregierte Daten zu Gesundheitsversorgung (u.a. spezifiziert nach vulnerablen Gruppen wie Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen) erhoben werden; und
- implementierungsbegleitende Forschung und zu fördern, damit Gesundheitssysteme genau die Leistungen und Medizinprodukte bereitstellen können, die die besonderen Kontexte und spezifischen Krankheiten von Menschen in armen Ländern berücksichtigen.

Antimikrobielle Resistenzen

Antimikrobielle Resistenzen sind eine große Bedrohung. Heute noch behandelbare Krankheiten könnten sehr bald unheilbar werden, wenn jetzt nicht gehandelt wird. AMR ist ein globales Problem, das reiche Industrienationen und einkommensschwächere Länder gleichermaßen betrifft. Es gibt eine riesige Forschungslücke, die auch bei vernachlässigten und armutsassoziierten Krankheiten oder sogar bei neuen und vermehrt auftretenden Krankheiten wie Ebola besteht: So stehen oft keine adäquaten Impfstoffe, Diagnostika oder Medikamente zur Verfügung, weil ihre Entwicklung für die kommerzielle Pharmaforschung keinen ausreichenden Profit verspricht. Wenn Präparate existieren, sind diese häufig nicht an die Situation in ärmeren Ländern, wie z.B. hohe Temperaturen, angepasst - oder sie sind unbezahlbar. Maßnahmen gegen Antibiotika-Resistenzen müssen sowohl die Forschung und Entwicklung als auch den bezahlbaren Zugang adressieren und dabei die Bedürfnisse von einkommensschwächeren Ländern einbeziehen, beispielsweise bei der Behandlung resistenter Formen der Tuberkulose. Ähnliches gilt für Malaria und HIV, aber auch bakterielle Erkrankungen wie Typhus oder Lungenentzündungen.

Die deutsche Regierung sollte sich im Rahmen der G20-Präsidentschaft dafür einsetzen, dass

- durch koordinierte Maßnahmen unter dem Dach der WHO neue Modelle für die biomedizinische Forschung und Entwicklung gestärkt und die Forschungskosten von letztendlichen Produktpreisen und Verkaufsmengen entkoppelt werden (*de-linkage*);
- ein hochrangiger politischer Prozess ins Leben gerufen wird, der die Empfehlungen des Reports zum bezahlbaren Zugang zu Impfstoffen, Diagnostika und Medikamenten des UN Generalsekretärs zum *High Level Panel on Access to Medicines* umsetzt;
- der Zugang zu existierenden Impfstoffen und Diagnostika weltweit verbessert wird, wodurch der Einsatz von Antibiotika deutlich gesenkt werden könnte;

- Gesundheitssysteme so gestärkt werden, dass der rationale Einsatz von Antibiotika einer weiteren Ausbreitung von Resistenzen entgegen wirkt;
- im Rahmen eines international abgestimmten Prozesses die Entwicklung neuer Antibiotika und ihr effektiver, rationaler und langfristiger Einsatz vorangetrieben werden; und
- internationale Freihandelsabkommen keine Klauseln enthalten, die den Zugang zu bezahlbaren Impfstoffen, Diagnostika und Medikamenten weltweit einschränken könnten.

Kontakt:

Ärzt ohne Grenzen
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin Deutschland
+49 (30) 700 130 0
office@berlin.msf.org
www.aerzte-ohne-grenzen.de

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Stresemannstr. 72
10963 Berlin
Tel.: 030/2639299-10
sekretariat@venro.org
www.venro.org